

## Resolution des Kreises Minden-Lübbecke

Der Kreisausschuss bekräftigt und unterstreicht die seit Jahren vertretene Position des Kreises Minden-Lübbecke zum überfälligen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Minden und Haste: Der viergleisige Ausbau der Bestandsstrecke liegt im elementaren Interesse des gesamten Kreises und ist schnellstmöglich durchzuführen.

Gleiches gilt für die Einrichtung eines ICE-Systemhalts in Minden, der nicht nur für die Stadt und den Kreis, sondern auch für die gesamte Region OWL und das angrenzende Niedersachsen von immenser struktureller, wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Bedeutung wäre.

Dies trifft auch auf eine denkbare Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Bielefeld – Bremen im Abschnitt Rahden – Sulingen – Bassum zu: Initiativen zur Wiederbelebung dieser für den Westkreis wichtigen Strecke würden durch den Finanzbedarf überflüssiger oder überdimensionierter ICE-Neubaustrecken zumindest sehr stark gefährdet.

Der Kreisausschuss lehnt daher die von der DB Netz AG im Vorfeld des „Planungsdialoges“ ins Gespräch gebrachten Streckenvarianten für eine neue ICE-Strecke aus ökologischen, verkehrspolitischen, wirtschaftlichen und raumplanerischen Gründen als insgesamt unverantwortlich ab.

Die DB Netz AG wird vielmehr aufgefordert, den seit Jahrzehnten von allen Akteuren im Kreis Minden-Lübbecke geforderten und im Deutschen Bundestag bereits seit Jahrzehnten im Rahmen des Bundesschienenwegeausbaugesetzes beschlossenen Ausbau der Bestandsstrecke zumindest als zusätzliche Planungsvariante in den „Planungsdialog“ zum Bahnprojekt Hannover – Bielefeld aufzunehmen.

Der Kreisausschuss setzt darauf, dass die am „Planungsdialog“ der DB Netz AG beteiligten Vertreter\*innen aus dem Kreis Minden-Lübbecke diese über Jahre entwickelte gemeinsame Position der heimischen Region engagiert und mit Nachdruck vertreten werden.

Der Kreisausschuss erklärt für die gesamte Kreispolitik, sich gemeinsam mit betroffenen Bürger\*innen und Kommunen sowie den Aktiven in der Bigtab e.V. und lokalen Initiativen gegen die derzeitigen Streckenüberlegungen der DB Netz AG zu stellen und stattdessen aktiv für den von der ganzen Region getragenen Bestandsstreckenausbau einzutreten.

Der Kreisausschuss Minden-Lübbecke beschließt vor diesem Hintergrund die folgende Resolution:

Resolution des Kreises Minden-Lübbecke für den Ausbau und die Modernisierung der vorhandenen Bahnstrecken

Der Kreistag von Minden-Lübbecke unterstützt grundsätzlich die Realisierung eines deutschlandweit abgestimmten integralen Taktfahrplans (Deutschlandtakt) und die dafür erforderlichen Investitionen in Infrastruktur, Technik und Organisation des Netzes der Deutschen Bahn. Wir erhoffen uns daraus ein neues Bahn-Zeitalter durch schnellere Verbindungen und bessere Anschlüsse für den Fern-; Nah- und Güterverkehr.

Unser Ziel ist es, die Personen- und Gütertransporte von der Straße und vom Flugzeug auf die Schiene zu verlagern.

Diese Ziele können nur mithilfe von massiven Investitionen in Sanierung, Revitalisierung und Ausbau des vorhandenen Bahnnetzes (z.B. Minden-Seelze von zwei auf vier Gleise) erreicht werden.

Um den damit verbundenen Eingriff in Natur und Landschaft möglichst gering zu halten, muss dies zielgerichtet durch die infrastrukturelle und technische Ertüchtigung vorhandener Trassen erfolgen. In unserer Region sind dabei insbesondere die Kapazitätserweiterung, die Engpass-Beseitigung und die

technische Modernisierung der Linien Bielefeld - Minden, Minden - Seelze, Löhne - Hameln - Elze, Minden - Nienburg sowie Bielefeld - Bünde - Rahden - Bassum elementar wichtig.

Die derzeitigen Pläne des Bundesverkehrsministeriums fordern allerdings Schnellfahrstrecken, die auf 300 km/h ausgelegt sind. Solche Konzepte nützen nicht dem „Deutschlandtakt“. In den Vordergrund rückt vorrangig die Fahrzeitverkürzung um jeden Preis und um ihrer selbst willen. Für die Verwirklichung eines integralen Taktfahrplans sind diese Fahrzeitverkürzungen jedoch nicht notwendig. Wichtiger sind optimierte Fahrpläne und ein stabiles Bahnnetz mit Kapazitäten, die kurzfristige Engpässe und Störungen auffangen, sodass Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit garantiert werden.

Vielmehr ist zu befürchten, dass hohe Investitionskosten und langwierige Bauzeiten für wenige Prestigestrecken die flächendeckende Verbesserung des Eisenbahnnetzes unnötig verzögern und einer Steigerung der Bahn-Attraktivität entgegenstehen. Die Pläne, eine Neubaustrecke zwischen Bielefeld und Hannover per Gesetz durchzusetzen, verhindern eine echte Bürgerbeteiligung und können sehr schnell zur Folge haben, dass die Akzeptanz gegenüber dem Eisenbahnverkehr in der Bevölkerung stark sinkt.

Dies liefe den Zielen des „Deutschlandtaktes“, den Eisenbahnverkehr in Deutschland attraktiver zu gestalten, zuwider.

Eine zusätzlich zu A2, A30, B61, B65, B239, B482, Mittellandkanal, und den existierenden Bahntrassen geplante ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse durch unser Kreisgebiet überlastet unseren Landschaftsraum deutlich, da diese Trasse zum Verlust von wichtigen landwirtschaftlichen Flächen, zur Gefährdung der Trinkwasserbereitstellung, zur Auslöschung wertvoller Naturschutzgebiete und zum Verschwinden oder der Gefährdung wichtiger Erholungsräume für unsere Bürgerinnen und Bürger führt.

Zudem wäre die Abkopplung der Kreisstadt Minden vom überregionalen Bahnverkehr eine Schädigung des starken Wirtschaftsstandortes Minden-Lübbecke mit international bekannten Großunternehmen wie z.B. Altendorf, Bernstein, Denios, EDEKA, Erwin Quader, Gauselmann, Harting, Jacob, Kögel Bau, Kolbus, Melitta, Rodenberg, Porta Möbel, PreZero, Schäferbarthold, WAGO, Wortmann und vielen weiteren starken und innovativen mittelständischen Unternehmen auch aus der direkten Nachbarschaft! Dabei ist auch zu beachten, dass Minden als ein Oberzentrum für mind. eine Viertelmillion Menschen anzusehen ist. Ein ICE-Systemhalt würde dieser Bedeutung entsprechen.

Der Kreistag von Minden-Lübbecke fordert deshalb den Ausbau der vorhandenen, oben genannten Bestandsstrecken, damit ein integraler Taktfahrplan realisiert werden kann. Demnach erwarten wir von der Bundesregierung, dass die Vorgabe einer Fahrzeit im Schienenpersonenfernverkehr zwischen Hannover und Bielefeld von 31 Minuten (ICE-Neubaustrecke) ersatzlos gestrichen wird, sodass der Ausbau der Bestandsstrecke möglich wird. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist hierbei noch am besten gewahrt.

Bedauerlicherweise hat die vom Bundesverkehrsministerium beauftragte DB Netz AG Ende November lediglich fünf Neubau-Trassen als Planungsvarianten vorgestellt, von denen drei selbst nicht die Fahrzeitvorgabe von 31 Minuten einhalten. Wir fordern, dass als 6. Variante der durchgängige Ausbau der Bestandsstrecken in den Planungsauftrag aufgenommen wird.

Denn bei den Planungen des Bundesverkehrsministeriums muss die Ausgewogenheit der Entwicklung des Nah-, Fern- und Güterverkehrs unter Berücksichtigung begrenzter Investitionsmittel (pandemiebedingte Milliardendefizite im Bundeshaushalt) eine entscheidende Rolle spielen. D.h. nur der Ausbau der vorhandenen Strecken für alle drei Schienenverkehre stellt sowohl ökonomisch als auch ökologisch die beste infrastrukturelle Lösung dar.